

SRG-Umfrage zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Erfreulicher Ja-Trend für «Mehr bezahlbare Wohnungen» bestätigt bisherige Abstimmungsergebnisse

Die erfreuliche Zustimmung zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zeigt, dass steigende Mieten und fehlende bezahlbare Wohnungen von grossen Teilen der Bevölkerung als problematisch erachtet werden. Der Ja-Trend bestätigt auch die wohnpolitischen Abstimmungsergebnisse aus Kantonen und Gemeinden. Die Initiantinnen und Initianten werden in den nächsten sieben Wochen die Überzeugungsarbeit intensivieren, damit am 9. Februar eine Wende in der Schweizer Wohnbaupolitik möglich wird.

Die heute veröffentlichte erste Trendumfrage der SRG zur Abstimmung vom 9. Februar zeigt zur Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» eine erfreuliche Zustimmung von 66 Prozent Ja / eher JA. Die Resultate bestätigen den Handlungsbedarf in der Wohnbaupolitik. Steigende Mieten und fehlende bezahlbare Wohnungen sind für weite Teile der Bevölkerung ein zunehmendes Problem.

Das Umfrageergebnis erstaunt nicht. Denn die Unterstützung für wohnpolitische Anliegen zeigt sich bereits auf regionaler Ebene. Seit 2010 hat es in der Schweiz 71 kantonale und kommunale Abstimmungen über wohnpolitische Vorlagen gegeben. 41 der Abstimmungen (gegen 60%) fielen zugunsten von bezahlbarem Wohnraum aus. In den 10 grössten Städten (Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern, Winterthur, Luzern, St. Gallen, Lugano, Biel) fanden seit 2010 24 Abstimmungen zu wohnpolitischen Themen statt. Davon fielen 75% der Abstimmungen zugunsten von bezahlbarem Wohnraum aus. Neben dem starken Problemdruck in Städten und Agglomerationen zeigt sich nun auch eine gesamtschweizerische Unterstützung ab. Das zeigt: Steigende Mieten und der Mangel an bezahlbaren Wohnungen sind schweizweit ein Problem. Daher sind der Bund, die Kantone und die Gemeinden gemeinsam gefordert, die Wohnsituation von Mieterinnen und Mietern zu verbessern. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist eine erprobte Massnahme, die langfristig wirkt.

Die Initiantinnen und Initianten werden in den nächsten sieben Wochen die Überzeugungsarbeit intensivieren, damit mit einem JA am 9. Februar eine Wende in der Schweizer Wohnungspolitik möglich wird.

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wird unterstützt von: Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz; Wohnbaugenossenschaften Schweiz; SP / JUSO; Grüne / Junge Grüne; Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB; Casafair; Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS; Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz VASOS; Verein zur Verteidigung der Rechte der Rentner AVIVO; AvenirSocial Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz; Heilsarmee Schweiz.

Für weitere Auskünfte: Carlo Sommaruga, Präsident, 079 221 36 05; Balthasar Glättli, Vizepräsident, 076 334 33 66, Marina Carobbio, Vizepräsidentin, 079 214 61 78; Natalie Imboden, Generalsekretärin, 079 706 62 84.